Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.50 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat September 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 226 — Donnerstag, 25. September 1924 — XXXII. Jahrg.

Neue französische Sabotage

Frankreich vorläufig nicht bereit, Deutschlands Bedingungen für den Eintritt in den Völkerbund zu erfüllen — Die Gegensätze in der französischen Völkerbundsdelegation

„Keine Ausnahme und kein Privilegium!"

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. **Paris, 24. September**

In Genf führt Briand im Namen der französischen Delegation das Wort. Der frühere Ministerpräsident gehört nicht zu den Anhängern der neuerdings aufgetauchten Idee, Deutschland dadurch für den Eintritt in den Völkerbund zu gewinnen, daß es einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhält. Herriots Rede am 5. September trägt den Stempel briandistischer Gesinnung, und das Wort Herriots:

„Weder eine Ausnahme noch ein Privilegium für Deutschland!"

stammt direkt von Aristide Briand. Gestern wiederholte es Briand im Gespräch mit Dr. Nansen, der sich zu einer Konferenz mit der französischen Delegation eingefunden hatte. Nansen vermochte ohne Schwierigkeiten zu erkennen, daß Briands Einfluß auf Herriot sehr bedeutend ist. Da Briand gegebenenfalls der Nachfolger Herriots sein könnte, so legte er nicht allein die Richtlinien der gegenwärtigen Regierung in außenpolitischen Fragen fest, sondern brachte sie mit seinen eigenen Absichten in Einklang. Daß Herriot infolgedessen unter der Bevormundung Briands steht, ist selbstverständlich, und im gestrigen Ministerrat, der sich u. a. mit Deutschlands eventuellem Eintritt in den Völkerbund beschäftigte, wurde ein Bericht Briands vorgelesen. Abgesehen davon, bestehen

in der französischen Delegation zwei Strömungen

Briand und Jouvenel wollen den Völkerbundspakt, dessen Bestimmungen ohne jeden Zweifel erniedrigende Eintrittsvorschriften für die besiegten Länder enthalten, in seiner ganzen Schärfe zur Geltung bringen, falls ein deutsches Ansuchen erfolgen sollte. Boncourt und Jonhaux sind weniger davon überzeugt, daß ein solches Vorgehen geeignet wäre, Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund zu bestimmen. Da nun in Genf Einstimmigkeit innerhalb der französischen Delegation nicht besteht, muß Herriot die Entscheidung treffen, doch unter der Einwirkung Briands, von der Dr. Nansen ausdrücklich sagte, daß

Herriot auf die maßgebenden Stimmen der französischen Delegation, nämlich auf die seine und die Jouvenels, zu achten genötigt sei

Die Regierung lehnte es, wie aus dem gestrigen Ministerrat hervorgeht, vorderhand noch ab, für den Fall eines Gesuches der deutschen Regierung, in den Völkerbund einzutreten, andre Bestimmungen anwenden zu lassen, als diejenigen, die beispielsweise für Ungarn und Bulgarien zur Geltung gelangten. Mit Absicht zieht man in den hiesigen diplomatischen Kreisen einen Vergleich zwischen Ungarn, das bei seinem Eintritt in den Genfer Völkerbund noch nicht abgerüstet hatte, und Deutschland, das sich angeblich der Kontrolle durch die Alliierten entziehen und nur deshalb in den Völkerbund eintreten will.

Ungarn auf eine Linie mit Deutschland zu stellen, ist eine sehr bedenkliche Taktik

Die Diplomaten des französischen Außenamtes, die den Journalisten derartige Dinge erzählen, wollen darüber hinwegtäuschen, daß Deutschland in sämtlichen europäischen Fragen mitsprechen müßte, falls es Mitglied des Völkerbundes würde. Innerhalb des Bundes würde Deutschland eine große Rolle zu spielen haben, sofern als der Kontinent in Betracht kommt. Offenbar schreckt diese Perspektive viele sonst kluge Franzosen, wie Herbette, den Chefredakteur des „Temps", zurück, wenn davon gesprochen wird, daß Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhalten soll. Plötzlich stellen diese Franzosen eine Warnungstafel vor Deutschland auf. Sie erblicken in Deutschland einen „gefährlichen Intriganten", der im Völkerbundsrat den Versailler Vertrag zerstören und die Gefahren eines neuen Krieges heraufbeschwören will. Daraus läßt sich erkennen, daß die Vertreter der Auffassung, nämlich kein Privileg und keine Ausnahme für Deutschland, nichts andres im Sinne haben, als

eine Art Niederhaltung Deutschlands mit Hilfe des Völkerbundes

nebst wiederholter Anerkennung sämtlicher Bestimmungen des Versailler Vertrages. Die Taktik Herbettes ist so durchsichtig, daß sie keinem deutschen Politiker entgehen kann. Merkwürdig ist, daß sich Herriot von den Gegnern irgendwelcher Sonderbestimmungen für Deutschland den Rücken steifen läßt.

Alle linksrepublikanischen Organe beteuern, man dürfe Deutschland keine Zugeständnisse machen

denn die kleinen Staaten, besonders Polen, das vor Deutschland große Furcht habe, würde sich gegen eine solche Schwächung Frankreichs und der siegreichen Großmächte erheben. Mißtrauisch beurteilen die linksrepublikanischen Politiker das Verfahren der Abrüstung. Sie fragen: „Wie lange bleibt Deutschland noch unter der Kontrolle der Alliierten?" und lehnen jede Abkürzung dieser aus dem Versailler Vertrag sich ergebenden Kontrolle ab.

Obwohl in hiesigen Regierungskreisen in ziemlich gewundenen Sätzen erklärt wird, daß Frankreich nicht das geringste gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund habe, so beweisen die Aeußerungen führender Politiker, wieweit man noch davon entfernt ist, Deutschland den Rang innerhalb des Völkerbundes einzuräumen, der ihm kraft seiner geographischen Lage und seiner Bevölkerungszahl zukommt.

Der Eindruck, der sich nach dem Bekanntwerden der Beschlüsse des Berliner Kabinettsrats ergab, läßt sich nicht als optimistisch bezeichnen. Es sind bereits die Gegner Herriots am Werke, um zu erklären, daß die Vorbehalte, die von der deutschen Regierung geltend gemacht werden, keineswegs dazu Anlaß geben dürften, den Weg Deutschlands in den Völkerbund zu erleichtern. Außerdem kommen aus den Kreisen der französischen Delegation noch ziemlich widerspruchsvolle Nachrichten, die ohne Zweifel darauf hinweisen, daß bei den Franzosen in Genf Gegensätze und widerspruchsvolle Meinungen vorhanden sind. Keineswegs sollte man glauben, daß das Ergebnis des Berliner Kabinettsrats auf die maßgebenden Persönlichkeiten der französischen Delegation angenehm wirkt. Daß

Frankreich abermals eine Verschleppungstaktik einschlagen will

um zu vermeiden, daß die Vorbehalte, die Deutschland geltend macht, noch in der jetzigen Session des Völkerbunds zur Debatte gelangen, liegt auf der Hand.

•

Der Beschluß des Kabinetts

Wir konnten bereits im größten Teil unsrer vorigen Ausgabe das Ergebnis des Berliner Ministerrats mitteilen. Wie der amtliche Bericht besagt, ergab sich Einmütigkeit darüber, daß die Reichsregierung den baldigen Eintritt in den Völkerbund grundsätzlich erstrebt. Ein sofortiges Aufnahmegesuch kommt aber nicht in Frage. Die Regierung wird vielmehr zunächst einmal offiziell bei den in Betracht kommenden Staaten feststellen lassen, ob Deutschland bei seinem Eintritt auch die Erfüllung jener Bedingungen garantiert wird, die das Reichskabinett für unerläßlich hält.

Das Ergebnis des gestrigen Kabinettsrats entspricht im wesentlichen den Erwartungen, die man in unterrichteten Kreisen nach Lage der Dinge hegen durfte. Es steht nun also, was für den Eingeweihten längst kein Geheimnis mehr war, fest, daß grundsätzliche Bedenken gegen einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund innerhalb des Kabinetts von keiner Seite erhoben werden. Man ist sich im Prinzip durchaus darüber einig, daß Deutschland sich der Notwendigkeit, in den Völkerbund hineinzugehen, nicht mehr entziehen kann. Offen gelassen ist dagegen die Frage, wie diese diplomatische Angelegenheit taktisch behandelt werden, mit andern Worten: wann und unter welchen Formen sich der Aufnahmeakt vollziehen soll.

Für die gegenwärtige Session des Völkerbundes kommt, wie kaum anders zu erwarten war, ein Aufnahmegesuch Deutschlands nicht mehr in Betracht. Wir haben stets davor gewarnt, den allzu optimistisch gefärbten Genfer Stimmungsberichten, die den Anschein erwecken mußten, als befinde sich die ganze Frage bereits in einem sicheren Fahrwasser, Glauben zu schenken. In Wahrheit sind doch offenbar noch recht beträchtliche Schwierigkeiten zu beheben, ehe der Eintritt Deutschlands zur Tatsache werden dürfte.

Die deutsche Regierung stellt bekanntlich gewisse Bedingungen für ihre Aufnahme in den Völkerbund. Es ist nach der Richtung hin unter der Hand durch Vermittlung des Botschafters d'Abernon mit der englischen Regierung Fühlung genommen worden. Zwar ist der Wortlaut der englischen Antwort, die bei den gestrigen Beratungen im Kabinett eine entscheidende Rolle spielte, der Oeffentlichkeit noch nicht bekanntgegeben worden, doch läßt sich immerhin sagen, daß die Garantien, die Deutschland für sich beanspruchte, von der englischen Regierung bisher nicht gewährleistet werden konnten.

Vor allem scheint man nicht gewillt zu sein, uns ohne weiteres einen Sitz im Völkerbundsrat einzuräumen und man beruft sich auf die längst überholten Satzungen, die eine solche Ausnahme nicht zuließen. Ebensowenig verlautet etwas über eine befriedigende Regelung der Kontroll- und Abrüstungsfrage. Die englische Antwort soll überhaupt, soweit sich aus gewissen Andeutungen schließen läßt, dilatorisch gehalten sein und, wie das bei der schwierigen Situation Macdonalds gegen Frankreich auch kaum anders zu erwarten war, feste Zusicherungen vermeiden.

Es ist nach alledem anzunehmen, daß die Völkerbundsfrage für uns erst wieder in ein akutes Stadium treten wird, wenn die außerordentliche Session, die man in Genf anzusehen gewillt ist, Tatsache werden sollte. Die einen meinen, daß das bereits im Dezember geschehen wird, die andern sind der Ansicht, daß es darüber Frühjahr werden kann. Ueber eine Stellungnahme der Reichsregierung zur Kriegsschuldfrage berichtet das amtliche Communiqué nichts, doch darf man wohl annehmen, daß auch diese Dinge in der gestrigen Beratung eine gewisse Rolle gespielt haben.

•

Das Echo in der Oeffentlichkeit

B. **Berlin**, 24. September. (Eigener Drahtbericht)

Der Beschluß des gestrigen Kabinettsrats findet im allgemeinen in der Presse eine günstige Aufnahme. Selbst der „L.-A." muß anerkennen, daß die Fassung der amtlichen deutschen Mitteilung ihm durchaus richtig erscheint. Sie erlaube eine dilatorische Behandlung der Frage, wenn sich eine solche als notwendig erweisen sollte, ebenso eine energische, wenn sich für diese unerwartete Voraussetzungen gegeben zeigen sollten. Der „Vorwärts" ist der Ansicht, es sei zum großen Teil eine Sache des Vertrauens, wie man sich zu der Erklärung stelle. Er fragt besorgt und mißtrauisch: „Ist die Regierung entschlossen, ihre programmatische Politik in der Völkerbundsfrage auch gegen die Gegnerschaft der Deutschnationalen durchzusetzen, das heißt, ist sie entschlossen, nicht aus persönlichen, sondern aus sachlichen Gründen gegen die deutschnationalen Krisenmacher und Völkerbundsfeinde den Kampf um ihre Existenz aufzunehmen? Oder beabsichtigt sie, den Weg des Kompromisses mit den Deutschnationalen zu beschreiten, für den die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in ihrer Unbestimmtheit den günstigsten Boden abgeben würden?" Die „Germania" bezeichnet den gestern gefaßten Beschluß als einen außenpolitischen Fortschritt. Man dürfe es nicht mißverstehen, wenn an die grundsätzliche Entscheidung gewisse Bedingungen geknüpft sind.

Ihre Unzufriedenheit bekunden nur die ganz rechts stehenden Blätter. So die „Kreuzzeitung", die vor allem eine Stellungnahme zur Kriegsschuldfrage vermißt und darin eine Preisgabe des deutschen Prestiges erblickt. Für die „Deutsche Zeitung" ist auch dieser Beschluß des Kabinetts nur eine „Halbheit" und das Blatt bezweifelt, ob es in dieser Beziehung nach Eintritt der Deutschnationalen anders wird.

Ueber die Wirkung der deutschen Regierungserklärung in den Genfer Völkerbundskreisen liegen widersprechende Meldungen vor. Während auf der einen Seite behauptet wird, der erste Eindruck sei „niederschmetternd", glaubt man auf der andern konstatieren zu können, daß im Grunde die Aufnahme der deutschen Erklärung nicht ungünstig sei. Es überwiege in den Kreisen der Delegationen die Zufriedenheit bei weitem die Unzufriedenheit derer, die mehr erwartet hatten. Lord Parmoor soll sich dem „Vorwärts" zufolge optimistisch über den Gesamteindruck geäußert haben.

England ist befriedigt

Telegramm unsres Korrespondenten

w. **London**, 24. September

Die im gestrigen Berliner Kabinettsrat getroffene Entscheidung, die grundsätzlich keine Bedenken gegen Deutschlands Beitritt zum Völkerbund erhebt, wird hier im allgemeinen mit Befriedigung begrüßt, besonders von liberaler Seite. Die „Daily Chronicle" hebt hervor, Deutschlands Forderung, daß es nur als gleichberechtigtes Mitglied mit einem dauernden Sitz im Rat dem Völkerbund beitreten könnte, werde von England als berechtigt anerkannt. Dieser Anspruch könne, wenn einmal seine Zulassung bewilligt werde, nicht leicht zurückgewiesen werden. Wenn Deutschland jetzt beiträte, werde der Völkerbund eine neue Gestalt annehmen. Allerdings wäre er auch dann noch nicht allgemein, solange Amerika und Rußland nicht Mitglieder seien. Aber ein erster Schritt zu einer näheren Beteiligung Amerikas am Völkerbund sei möglich, wenn der europäische Kontinent seine Pflicht tue und man Deutschland in den Völkerbund aufnehme.

Die „Westminster Gazette" hebt hervor, daß der in Genf in den letzten Wochen ausgearbeitete Friedensplan nur Erfolg haben könne, wenn der Völkerbund eine wirklich alle Staaten umfassende Körperschaft werde. Deutschlands Stellung als Großmacht sei unleugbar. Wenn es überhaupt zugelassen werde, dann müsse es mit demselben Recht geschehen, wie alle andern Länder vom gleichen Range. Das Verlangen nach einem dauernden Sitz im Rat sei nicht so ungebührlich — obwohl es sich im gegenwärtigen Moment als unratsam (!) herausstellen könnte —, wie man in Frankreich meine. Gefährlich würde die Opposition nicht nur in Frankreich, sondern auch in England werden, wenn Deutschland versuche, unter „Ausnahmebedingungen" einzutreten.

In hiesigen maßgebenden Kreisen hat jedoch das gestrige deutsche Communiqué einen günstigen Eindruck gemacht. Ich erfahre, daß Macdonald seinen ganzen persönlichen Einfluß auf Herriot anwenden wolle, um die Zustimmung Frankreichs zu Deutschlands Forderungen zu bewegen.

•

Unerwünschte Privatdiplomaten

☞ **Paris**, 24. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Genfer Vertreter der Pariser Presse berichten über Aeußerungen Dr. Breitscheids über den gestrigen Beschluß der Reichsregierung in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Danach erklärte Dr. Breitscheid einem Vertreter des „New York Herald": „Die Würfel sind gefallen. Deutschland wird in den Völkerbund eintreten. Die allgemeinen Vorbehalte haben keine Bedeutung und sind nur dazu bestimmt, die Nationalisten zu besänftigen." Der Sonderberichterstatter des „Matin" konnte auch ein Telegramm des Grafen Keßler einsehen, das die Worte enthielt: „Es geht alles gut vonstatten." Dem Korrespondenten dieses Blattes teilte Dr. Breitscheid mit, daß Graf Keßler demnächst in Genf eintreffen werde und die Besprechungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund unverzüglich einsetzen würden. Der deutsche Abgeordnete gestand jedoch ein, daß nach seiner Auffassung die Frage der Aufnahme Deutschlands erst im Januar akut werden würde.

Vor dem Rücktritt Degouttes?

B. **Berlin**, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Meldung von dem bevorstehenden Rücktritt des Generals Degoutte und der Ernennung General Targes zu seinem Nachfolger, wird von den zuständigen Stellen in Düsseldorf als unrichtig oder zum mindesten als verfrüht bezeichnet. Die Düsseldorfer Villa Degouttes ist allerdings vor wenigen Tagen geräumt worden, und es ist möglich, daß aus dieser Tatsache die Meldung herstammt, General Degoutte amtiert nach wie vor in Mainz.

Der Kriegsschauplatz in China

Vor der Entscheidungsschlacht im Norden

⊙ **London**, 24. September. (Eig. Drahtbericht.) Einer Reuter-Meldung zufolge, rechnet man damit, daß der Entscheidungskampf in Nordchina unmittelbar bevorsteht. „Daily Expreß" berichtet aus Peking, daß die Erklärung des Generals Wu Pei-fu, wonach er in die Mandschurei einzudringen beabsichtigt, in Japan großen Eindruck gemacht habe. Wu Pei-fu behauptet, er werde in zwei Monaten Mukden, das Hauptquartier des Generals Tschang Tso-lin, besetzen. Japan hat bekanntlich in der Mandschurei große Interessen, und es heißt, daß die japanische Regierung ein eventuelles Vorrücken des Generals Wu Pei-fu in große Besorgnis versetzen wird.

•

Friedensverhandlungen an der Südfront?

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

☾ **Schanghai**, 24. September. (Durch United Preß.) Hier sind Gerüchte im Umlauf über angebliche Friedensverhandlungen zwischen Tschekiang und Kiangsu. Die plötzlich an der Schanghaifront eingetretene Ruhe mag diese Gerüchte verursacht haben, die allerdings im chinesischen Charakter eine gewisse Begründung finden. Die Ausnutzung einer Kampflage bis zum äußersten widerstrebt der chinesischen Auffassung. Auch ist es bei dem Intrigenspiel der Militärmachthaber nicht von der Hand zu weisen, daß man, statt ihn zu vernichten, sich einen Gegner erhält, um seine eigene Unentbehrlichkeit besser darzutun. Jedenfalls nimmt man in Schanghai an, daß sich Lu Yung-hsiang, der Gouverneur von Tschekiang, wahrscheinlich zurückziehen wird, während sich sein Gegner verpflichten wird, ihn auf seinem Rückzug nicht zu behelligen. Dies ist die vorherrschende Ansicht, obwohl die Eisenbahnbrücke bei Kashing in die Luft gesprengt worden ist, womit die Eisenbahn Schanghai—Hangtschau unterbrochen worden ist. Man neigt zu der Auffassung, daß diese Sprengung lediglich einen Druck auf Lu Yung-hsiang ausüben soll.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240925/1